

Waldshut/Bern

BUND fordert Mitsprache bei Schweizer Endlager

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat Baden-Württemberg am Mittwoch aufgefordert, sich endlich aktiv in die Schweizer Suche nach einem Endlager für Atomabfall einzumischen. Vier der vorgeschlagenen Standorte sind unmittelbar an der deutschen Grenze.



Atommüll



Betroffen sind die Kreise Konstanz, Lörrach und Waldshut. Die Schweiz müsse betroffene Gemeinden in Deutschland genauso am Entscheidungsprozess beteiligen wie schweizerische. Städte wie Radolfzell, Konstanz oder Bad Säckingen und die Tourismusregion am Bodensee könnten einen Imageverlust durch ein nahegelegenes Endlager erleiden, fürchtet der BUND.

Ein Atomlager berge langfristige Gefahren – so könnte durch Gesteinsverschiebungen radioaktive Strahlung austreten und beispielweise in den Rhein sickern. Die Landesregierung müsse sich für einen Staatsvertrag einsetzen, der die Suche nach dem richtigen Endlager transparent macht und

eine Mitsprache der deutschen Seite festschreibt, forderte BUND-Landesgeschäftsführer Berthold Frieß in Stuttgart. Zudem müsse der Vertrag garantieren, dass die Schweiz die Öffentlichkeit über Störungen rasch informiere.



Mehr Mitsprache bei Schweizer Endlager gefordert Baden-Württemberg aktuell, 23.6.2010 | 1:08 min

Zum Abspielen von Audios und Videos auf unserer Webseite benötigen Sie den Flash-Player von Adobe. Diese Software ist eine Erweiterung für Ihren Browser.

[Hier können Sie sich den kostenlosen Flash-Player herunterladen.](#)

[Alternativ können Sie hier klicken, um den Beitrag im Windows Media Format in einem externen Player abzuspielen.](#)

BUND: Deutsche Kommunen beteiligen

Das Schweizer Bundesamt für Energie hatte vor gut einem Monat eine Vorauswahl für Standortregionen des geplanten Atommüll-Endlagers getroffen. Für den Bau des Lagers wurden folgende geologische Gebiete in der Schweiz ins Auge gefasst: Südranden, Zürcher Weinland, Nördlich Lägeren, Bözberg, Jura-Südfuss und Wellenberg.

Frieß kritisierte, dass die Schweiz nur die Gemeinden an dem Suchverfahren beteilige, die im Umkreis von fünf Kilometern der möglichen Standorte liegen. Der Verband forderte den Schweizer Bundesrat auf, den Umkreis der betroffenen Gemeinden auf 20 Kilometer nördlich des Rheins zu erweitern: "Die Schweiz muss diese Gemeinden genauso am Entscheidungsprozess beteiligen wie die Schweizer Kommunen", forderte der BUND-Landesgeschäftsführer.

Umweltministerium: Mit Verfahren zufrieden

Ein Sprecher des Umweltministeriums erwiderte, das Land habe keinen Anlass, sich über eine mangelnde Beteiligung durch die Schweiz zu beklagen, die Information und Einbeziehung durch die Schweizer Behörden sei nicht zu beanstanden. "Wir werden jedoch wie in der Vergangenheit auch künftig eine angemessene Beteiligung an dem in der Schweiz derzeit laufenden Verfahren einfordern".

Letzte Änderung am: 23.06.2010, 16.18 Uhr

URL: <http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=6440224/b4huwf/index.html>

Der SWR ist Mitglied der ARD 

[Sitemap](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | © SWR 2010